

Die Wirtschaftskrise als Chance

Mehr Demokratie, mehr Sicherheit, mehr Zukunft: Im Rahmen der EGB-Aktionstage ruft die DGB-Jugend für den 16. Mai 2009 zur Großdemonstration in Berlin auf.

Die Finanzkrise – sie hat inzwischen weltweite Ausmaße angenommen und bedroht sämtliche Wirtschafts- und Sozialsysteme. Die Wirtschaftsinstitute überschlagen sich mit Negativprognosen, die Arbeitslosigkeit steigt.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft seine Mitgliedsverbände deshalb dazu auf, an den europäischen Aktionstagen vom 14. bis 16. Mai 2009 teilzunehmen.

Dies nimmt die DGB-Jugend zum Anlass, für den 16. Mai in Berlin zu einer Großdemonstration aufzurufen. Denn erste Konsequenzen der kapitalen Schwierigkeiten sind auch schon in Deutschland spürbar: Tausende LeiharbeiterInnen verlieren ihre Jobs, Belegschaften werden auf Kurzarbeit gesetzt, Investitionen verschoben, Azubis werden weniger übernommen – und junge ArbeitnehmerInnen werden in der derzeit instabilen Wirtschaft besonders schnell in prekäre Arbeitsverhältnisse oder in die Arbeitslosigkeit abgedrängt.

»Wir reden nicht, wir handeln«, heißt es im DGB-Jugend-Aufruf: »Wir gehen in die

Offensive, weil es um unsere Zukunft geht. Wir wollen nicht bezahlen für Fehler, die an anderer Stelle gemacht wurden. Wir wollen die Spielregeln ändern.« Das Motto: »Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben.«

»Wir machen uns stark für einen neuen Gesellschaftsvertrag«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Für eine Gesellschaft, die die Menschen schützt, die Chancengleichheit, gerechte Teilhabe, Sicherheit und Perspektiven garantiert.«

Als dringliche Ziele sieht die DGB-Jugend ein erweitertes Konjunkturprogramm für mehr und bessere Jobs und Ausbil-

dungsplätze, für Arbeitsplatzsicherheit, Investitionen in nachhaltige Zukunftstechnologien und den Verbleib wichtiger Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung. Investitionen in nachhaltige Bildung und Forschung zählen ebenso zum Forderungskatalog der jungen ArbeitnehmerInnen wie gerechte Löhne und gleiches Geld für gleiche Arbeit – statt mit grenzenloser Spekulation sollte man es mal mit guten und verbindlichen Tarifverträgen und der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums versuchen.

Vor allem ist es der Gewerkschaftsjugend wichtig, dass in europäischem Maßstab gedacht wird: Über die Ländergrenzen hinweg sei es nötig, dass Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung aktiv bekämpft und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge garantiert werden. Gefordert wird daher, dass

sich die Europäische Zentralbank künftig zur Förderung von Wachstum und Vollbeschäftigung verpflichtet und nicht nur zur Wahrung der Preisstabilität. Die Gewerkschaften drängen auch darauf, dass der Europäische Gerichtshof nicht länger die Freiheit der Märkte über die Grundrechte der Menschen und die Vereinbarungen der Tarifpartner stellt, wie dies in seinen Urteilen immer wieder zum Ausdruck kommt. Höhere Löhne und sichere Renten, ein starker Sozialstaat und mehr Kaufkraft durch höhere Leistungen seien zentrale Bestandteile eines demokratischen Neubeginns: »Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen«, sagt Rudolf. [S](#)

Die Hauptkundgebung in Berlin findet um 14 Uhr an der Siegessäule statt. Treffpunkte für den Beginn der Demonstration – ab 11.30 Uhr – sind der Breitscheidplatz und der Hauptbahnhof.

INHALT

3 *thema*

Schutzschirm für Ausbildung:
Die DGB-Forderungen

4 *ausbildung + beruf*

Angebot deutlich gesunken:
Die Ausbildungsstatistik
Gewerkschaftlich infizieren:
Junge Prekäre

5 *projekte*

Keine Krise: Mitgliederentwicklung und Jugend
Gute Ausbildung. Gute Arbeit.
Gutes Leben – wir sind dran

6 *jav-ratgeber*

Die Informationspflicht: Einstellung und Einsatz von Azubis

7 *bezirke + gewerkschaften*

Fortlaufendes Attentat:
Opfer rechter Gewalt



1. MAI: TAG DER ARBEIT

Kampftag der Gewerkschaften

Die DGB-Veranstaltungen am 1. Mai 2009 stehen ganz im Zeichen der Krise. Ein anderes wichtiges Thema ist aber die Bekämpfung des Rechtsextremismus. So heißt es bei der DGB-Demo in Hannover »1. Mai – nazifrei!« [S](#)

Alle Infos auf www.dgb.de/2009/erster_mai/



G20 gefordert

Gewerkschaften sagen an ■ Anlässlich des G20-Gipfels am 2. April 2009 in London haben die internationalen Gewerkschaften eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Verlangt wird ein international abgestimmter Sanierungsplan, ein neuer finanzieller Ordnungsrahmen, Maßnahmen gegen Lohnabbau, weitreichende Schritte gegen den Klimawandel und ein neuer Rechtsrahmen für die globale Wirtschaft.

www.dgb.de

Europaweit

Mindestlohn ■ Von 27 Mitgliedsstaaten der EU verfügen 20 über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Elf von ihnen haben die untere Lohngrenze zum Jahresbeginn angehoben, in zwei weiteren werden schon seit dem 1. Oktober 2008 höhere Mindestentgelte gezahlt.

www.boeckler.de/pdf/wsimit_2009_03_schulten.pdf

Gute Quote

Übernahme 2008 ■ In Deutschland sind 2008 so viele Auszubildende von ihren Firmen übernommen worden wie seit Jahren nicht mehr: 61% der jungen Leute erhielten nach Abschluss der Ausbildung eine Anstellung in ihrer Firma, wie das Magazin »Focus« unter Berufung auf das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung berichtet. Dies sei die höchste Übernahmekquote seit dem Jahr 2000. In Westdeutschland lag die Übernahmekquote mit 65% deutlich höher als in Ostdeutschland mit 47%.

Wirtschaftskrise

Junge Leute ■ Die Wirtschaftskrise wird junge Menschen nach Einschätzung der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft besonders hart treffen. »Europa wird 3,5 Millionen Arbeitsplätze verlieren. Besonders junge Leute werden betroffen sein«, glaubt der tschechische Arbeitsminister **Petr Necas**. Die Arbeitslosenquote in Europa wird nach Angaben von EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso** im Jahr 2010 durchschnittlich 10% erreichen.

Konkurrenzaspekt

Bildung ■ Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat untersucht, ob die Bachelorstudiengänge die duale Berufsausbildung verdrängen. Betrachtet wurden drei Berufsfelder: der kaufmännische, der gewerblich-technische und der IT-Bereich. Zentrales Ergebnis: Auf lange Sicht kann nicht ausgeschlossen werden, dass Bachelors künftig Positionen einnehmen, die bislang von beruflich weitergebildeten Beschäftigten ausgeübt werden.

www.iwkoeln.de

Tot im Einsatz

Bundeswehr ■ Seit Gründung der Bundeswehr im Jahr 1955 sind 2.990 Menschen im Dienst getötet worden. 2008 starben nach einer im März 2009 vom Bundesverteidigungsministerium veröffentlichten Statistik 17 Soldaten, fünf mehr als 2007. Die Zahl der Selbstmorde von Soldaten seit 1957 beträgt 3.417.

Im Dienst verletzt wurden im vergangenen Jahr 6.450 Bundeswehrangehörige. Bei Auslandseinsätzen starben bislang 76, darunter 26 bei Unfällen, fünf bei Unfällen mit Schusswaffen und 14 durch Anschläge.

Und die Zahl der von Bundeswehrsoldaten getöteten oder verletzten Menschen? Auf Anfrage von Soli aktuell lässt die Pressestelle des Verteidigungsministeriums mitteilen, dazu lägen keine Daten vor.

www.bundeswehr.de



HDJ-Verbot



W. Schäuble

Schäuble reagiert ■ Bundesinnenminister **Wolfgang Schäuble** (CDU) hat die rechtsextreme »Heimatreue Deutsche Jugend« (HDJ) verboten. »Die HDJ verbreitet rassistisches und nationalsozialistisches Gedankengut«, heißt es zur Begründung. Jugendverbände hatten wiederholt auf ein Verbot der HDJ gedrungen.

DGB-Jugend-Referent **Dirk Neumann**: »Die DGB-Jugend begrüßt das Verbot und fordert gleichzeitig das Verbot aller faschistischen Organisationen und Parteien, insbesondere der NPD.«

Schwierige Studie

KFN-Report ■ Jeder 20. Jugendliche soll Mitglied in einer rechtsextremen Kameradschaft sein – die neueste Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsen unter der Leitung von **Christian Pfeiffer** ist auch wegen solcher Ergebnisse in der Diskussion. Nicht nur, weil die angegebene Zahl der Kameradschaften heftig mit der Zahl kollidiert, die das Bundesinnenministerium kommuniziert (40.000 RechtsextremistInnen insgesamt), gibt es Unklarheiten. Vor allem, da hier unter 18-Jährige möglicherweise gar nicht erfasst sind.

Die Studie besagt aber auch: Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sind kein Jugendproblem. Auch die Feststellung, dass die Jugendgewalt insgesamt gesunken ist, ist wichtig.

Befragt wurden für die Untersuchung rund 45.000 Neuntklässler in 61 Landkreisen.

Die Studie im Internet: www.kfn.de/home/Forschungsbericht_107.htm

KMK reagiert

Berufsaussichten ■ Die Kultusministerkonferenz (KMK) möchte den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne Abitur öffnen und bundesweit vereinheitlichen.

Mit der Öffnung des Hochschulzugangs wird eine langjährige Forderung der Gewerkschaften umgesetzt. Bisher ist der Anteil beruflich Qualifizierter ohne Abitur verschwindend gering. Nur 0,6% der Neueinschreibungen an den Universitäten und 1,9% an Fachhochschulen entfallen auf diese Gruppe.

www.kmk.de

Bildungspanel

Riesenstudie ■ Diese Studie könnte noch wichtig für die Arbeit der Gewerkschaftsjugend werden: Wie entwickeln sich Kompetenzen im Lauf eines Lebens? Das Nationale Bildungspanel für die Bundesrepublik Deutschland misst die Kompetenzentwicklung im Lebenslauf und soll Antworten auf zentrale bildungspolitische Fragen geben. 16.000 Biografien sollen untersucht werden.

www.bmbf.de

Jugend schläft

Die lustige Meldung ■ »Der in Deutschland übliche Unterrichtsbeginn um etwa acht Uhr ist für Jugendliche ab einem gewissen Alter zu früh, um Leistung zu erbringen«, hat der Schlaf Forscher **Jürgen Zulle** festgestellt. Verantwortlich dafür sei der Biorhythmus, der sich mit dem zwölften Lebensjahr verändere. Die Jugendlichen würden zu »Abendtypen«, »die später ins Bett gehen«. In der Wissenschaft würden diese Typen auch »Eulen« genannt. Zulle: »Jugendliche handeln also gegen ihren natürlichen Biorhythmus, wenn sie zu früh aufstehen.«

Soli aktuell meint: Das bleibt für den Rest des Lebens so!

Personalie



H. Piotter

Hanna Piotter, 31, Diplompolitologin, ist Gewerkschaftssekretärin für jugendpolitische Aufgaben beim DGB-Bezirk Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt geworden. Zuvor war sie Projektleiterin im Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung.

Frank Ahrens, Bezirksjugendsekretär im gleichen Gebiet, reduziert seine Stelle, um in einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt zum Thema »Informelle Kompetenzen bei benachteiligten Jugendlichen am Übergang Schule – Beruf« an der Uni Hannover zu arbeiten.

ZZZZZZZZ

Schutzschirm für Ausbildung

Die Wirtschaftskrise wirkt sich auf die Ausbildungssituation aus – jedes vierte Unternehmen will laut Umfrage Ausbildungsplätze streichen. Der DGB fordert von der Bundesregierung deshalb dringend Maßnahmen.

Gute Ausbildung auch bei Insolvenz absichern – Übernahmeprämie einführen

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine deutliche Zunahme der Insolvenzen zu befürchten. Der DGB schlägt vor, Unternehmen, die Auszubildende aus Insolvenzbetrieben übernehmen, vorerst – befristet bis zum 31. Dezember 2009 – mit einer Übernahmeprämie von 250 Euro monatlich pro Auszubildendem zu unterstützen. Falls es keine betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten gibt, sollen befristet regionale – außerbetriebliche – Ausbildungsmöglichkeiten (vorhandene Strukturen in Ostdeutschland, Auffanggesellschaften) genutzt bzw. gegründet werden. Das Sonderprogramm der Bundesagentur für Arbeit (BA) für außerbetriebliche Ausbildung muss wieder ausgebaut und auf dem Niveau der vergangenen Jahre (40.000 Ausbildungsplätze) fortgeführt werden.

Branchenfonds einführen

Entscheidend für die weitere Entwicklung des Ausbildungsmarkts wird sein, wie Anreize für mehr betriebliche Ausbildungsplätze unter den schwierigen Bedingungen entwickelt werden können. Hierfür sind Vereinbarungen über solidarische Finanzierungsinstrumente (z.B. Branchenfonds) notwendig. Diese Vereinbarungen sollen ab 2010 auch die Übernahmeprämie bei Insolvenz beinhalten. Das Beispiel der Bauindustrie zeigt, wie ein Umlagesystem das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen auch in Krisenzeiten sichern kann.

Gute Ausbildung bei Kurzarbeit

Auszubildende sind von der Kurzarbeit auszuschließen. Die Betriebe sind verpflichtet, die Ausbildung auch bei Kurzarbeit zu gewährleisten. Unternehmen müssen ausbildungsrelevante Bereiche von Kurzarbeit ausnehmen.

Ausbildende Unternehmen unterstützen

Im Rahmen des Konjunkturprogramms II sind die Bedingungen des mittelstandsorientierten KfW-Sonderprogramms 2009 flexibilisiert worden. Sie müssen erweitert werden: Ausbildende Handwerksbetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen müssen ebenfalls leichter an Kredite kommen können.

Gebühren der Kammern abschaffen

Kammergebühren sind zusätzliche Belastungen für ausbildende Betriebe.

Jugendliche besser fördern

Ausbildungsbegleitende Hilfen sind auszubauen. AusbilderInnen und LehrerInnen sollen für jeden einzelnen Auszubildenden den Bedarf ermitteln. Betriebe, überbetriebliche Ausbildungswerkstätten und Träger bieten Maßnahmen an. Dazu muss die BA

übernehmen. Betriebs- und Personalräte sind aufgefordert, auf die Einhaltung von betrieblichen und tariflichen Vereinbarungen zur Übernahme nach der Ausbildung zu achten. Die gesicherte Übernahme ermöglicht Praxiserfahrung und verbessert den Einstieg ins Berufsleben. Betriebliche und tarifliche Vereinbarungen zur Übernahme müssen ausgebaut werden. Vorsorge für den Fachkräftebedarf ist geboten.

Chancengleichheit – Integrationspaket schnüren

MigrantInnen haben auf dem Ausbildungsmarkt deutlich schlechtere Chancen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Um die Ausbildungschancen junger MigrantInnen zu stärken, soll es ein umfassendes Integrationspaket geben. Dafür müssen mehr BeraterInnen mit Migrationshintergrund bei der BA zum Einsatz kommen.



Qualität wirkt

Als weiterführende Maßnahmen schlägt der DGB vor, dass Gute Ausbildung zu sichern ist, indem die Qualität der dualen Berufsausbildung systematisch ausgebaut wird. Daneben ist auch eine strukturelle Reform des Übergangssystems zur Steigerung der Wirk-

samkeit und Transparenz der Fördermaßnahmen überfällig: Die Förderansätze und -programme des Bundes und der BA im Bereich der Ausbildungs-, Berufsvorbereitungs- und Benachteiligtenförderung müssen deshalb umfassend ausgewertet werden.

Schutzbestimmungen sichern

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise darf nicht genutzt werden, um Schutzbestimmungen für Auszubildende abzubauen. Weniger Arbeitsschutz bedeutet nicht mehr Ausbildung. Alle Betriebe müssen die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, der Arbeitsstättenverordnung und die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften einhalten. Der Ausbildungsbetrieb ist auch zur Zahlung der vereinbarten Ausbildungsvergütung in voller Höhe verpflichtet.

Azubis übernehmen

Die Betriebe sind – vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – in der Verantwortung, ihre Auszubildenden auch zu

übernehmen. Die Berufsorientierung von Jugendlichen muss weiter systematisiert werden: Will sie erfolgreich sein, ist eine enge Kooperation zwischen Betrieben, Schulen, der BA und allen weiteren Akteuren des Ausbildungsbereichs notwendig. Die Länder müssen ihrer Verantwortung für diesen Bereich stärker gerecht werden.

Als weiteren Punkt benennt der DGB die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher: Vorbild sollen hier die vielen erfolgreichen Ausbildungs- und Berufsvorbereitungspatenschaftsprojekte von Verbänden, Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen und anderen Organisationen sein. Entsprechende lokale Initiativen sollten überregional vernetzt werden, auch sie als Best-Practice-Modelle in anderen Regionen bekanntzumachen. [S](#)

Die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher: Vorbild sollen hier die vielen erfolgreichen Ausbildungs- und Berufsvorbereitungspatenschaftsprojekte von Verbänden, Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen und anderen Organisationen sein. Entsprechende lokale Initiativen sollten überregional vernetzt werden, auch sie als Best-Practice-Modelle in anderen Regionen bekanntzumachen. [S](#)

Angebot deutlich gesunken

Schön, wenn man sich noch freuen kann: Die Ausbildungsstatistik der BA bietet dafür allerdings keinen Anlass.

Die Bilanz für das Jahr 2008 zeigt, dass der Ausbildungspakt von Regierung und Wirtschaft wirkt«, sagt Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) – und freut sich über die erstmals seit einem halben Jahr wieder zur Verfügung stehenden neuen Ausbildungsdaten der Bundesagentur für Arbeit (BA): »Die Bundesregierung hat mit ihren bildungspolitischen Maßnahmen einen wichtigen Beitrag geleistet, eine Trendwende am Ausbildungsmarkt zu schaffen.«

Die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsstellen lag im März mit 196.200 um 13.100 unter dem Vorjahreswert. Als noch unversorgt zählten im März laut BA 241.700


BewerberInnen, gerade mal 36.900 weniger als vor einem Jahr.

In den Gewerkschaften kann man die Freude denn auch gar nicht ganz teilen. Und dafür gibt es auch allen Grund: Zwar standen im März 2009 immerhin 89 Ausbildungsplätze je 100 BewerberInnen zu Verfügung (März 2008: 79) und die Lücke zwischen BewerberInnen und betrieblichen Ausbildungsstellen ist auf 53.077 zurückgegangen.

»Aber das sollte nicht überbewertet werden«, warnt Dirk Neumann von der DGB-Jugend. Denn das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen liege im März 2009 mit insgesamt 319.639 gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen um deutliche 5,4 Prozent oder 18.172 Stellen unter dem Ausbildungsplatzangebot vom März 2008.

Und bereits 2008 waren 9.270 weniger Ausbildungsverträge (-1,5 Prozent) abgeschlossen worden als im Jahr zuvor.

Auf den ersten Blick mag zwar positiv stimmen: Die Zahl der BewerberInnen nimmt nun schon im dritten Jahr in Folge ab. Aber dies ist vor allem auf die sinkende Zahl von SchulabgängerInnen zurückzuführen. Die Demografie allein wird den Ausbildungsstellenmarkt jedoch nicht retten: So prognostiziert selbst der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) nur für seinen Wirtschaftsbereich den Wegfall von 36.000 Ausbildungsplätzen. »Sollten sich die aktuellen Wirtschaftsprognosen bis zum Herbst bestätigen, ist eine Reduktion des Ausbildungsangebotes nicht auszuschließen«, heißt es auch im Berufsbildungsbericht 2009 der Bundesregierung.

Die DGB-Jugend geht davon aus, dass sich die Folgen der Finanzkrise im laufenden Jahr noch stärker auf den Ausbildungsmarkt auswirken werden – und fordert daher umgehend einen Schutzschirm für Ausbildung (siehe Seite 3). 

Gewerkschaftlich infizieren

Welches Medikament hilft gegen atypische Beschäftigung? Die DGB-Jugend-Konferenz zur Prekarität.

Wie prekäre Arbeit funktioniert, das weiß Lars Diekmann ganz genau: »Erst müssen die Reinigungskräfte in den blutverschmierten Operationssaal, dann benutzen sie denselben Wischmopp für das Treppenhaus. Sie schrubben die Zimmer von hochinfektiösen Patienten, und fürs Spritzen wegräumen fehlen die Handschuhe. Länger als zwölf Monate kriegt keiner einen Vertrag.«

Diekmann ist Jugendbildungsreferent der IG BAU. Er organisiert auch Gebäude-reiniger, ein hochanfällig Gebiet. Die Unorganisierten organisieren, das ist sein Konzept und auch mittlerweile das Geschäft seiner Gewerkschaft. »Vor zehn Jahren wurden wir ausgelacht, weil wir Putzfrauen organisieren wollten – die verdienen wenig und zahlen kaum Beiträge, hieß es«, sagt Bärbel Feltrini vom IG BAU-Vorstand. Mittlerweile kommen schon 18 Prozent der IG-BAU-Mitglieder aus der Reiniger-Branche.

Dabei ist Diekmanns Fall sogar schon eine Runde weiter: In seinem Bereich versucht der Arbeitgeber, ein europaweit führender Krankenhauskomplex, unter dem Schlagwort »Facility Management« einfach eine komplett neue Branche ohne Tarifver-



Großes Thema in Berlin – prekäre Beschäftigung


träge für das gesamte nichtmedizinische Personal zu erfinden. »Ich sage den Arbeitnehmern: Ihr müsst euch teuer machen.«

Teuer durch Impfungen. Und durch Kompetenz: »Denn alle zwölf Monate neue Leute anlernen, das kann für den Arbeitgeber auch eine Belastung sein.«

Es waren Fälle wie die von Diekmann, die auf der DGB-Jugend-Konferenz zum Thema Prekarität junger Beschäftigter von DGB-Jugend und Hans-Böckler-Stiftung Ende März in Berlin zur Sprache kamen. Das Treffen sollte eine Bestandaufnahme werden und der Vernetzung dienen – zwischen gewerkschaftlicher Praxis und Wissenschaft. Fragen wie jene, ob die Gewerkschaften überhaupt offen sind für Prekäre, standen ebenso im Mittelpunkt wie das

Datenmaterial der DGB-Jugend oder das von Jugendforscher und Gewerkschaftsexperte Josef Held aus Tübingen.

Dabei wurde klar: Prekäre gewerkschaftlich anzusprechen ist schwer, auch wenn diverse Untersuchungen zeigen, dass die Gewerkschaften einen sehr guten Ruf haben – sogar bzw. gerade bei den Unter-25-Jährigen. Dennoch gibt es eine Lücke zwischen dem, was viele Menschen für richtig halten und dem Schritt zum eigenen Engagement: Lassen die sich überhaupt organisieren? Die Lage dieser Klientel ist in hohem Maße von wirtschaftlicher Unsicherheit bestimmt, junge Leute arbeiten oft in Minijobs, in der Leiharbeit und befristeten Jobs. Krankenhaus-Spezialist Lars Diekmann jedenfalls hatte darauf eine mehr als passende Antwort: »Wir müssen versuchen, die Prekären gewerkschaftlich zu infizieren.«

Die DGB-Jugend setzt hier politisch an und drängt etwa auf eine gesetzliche Regelung von Praktika, fordert Mindestlöhne und die Verteuerung der Leiharbeit, um Prekarität letztlich abzubauen. »Es muss ganz klar Ziel sein, Prekäre zu organisieren«, definierte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock die Arbeit der Gewerkschaften in ihrem Schlusswort. 

Jugend deutlich im Plus

Bessere Werte als die Wirtschaft! Beim Thema Gewerkschaftseintritt kennt die Jugend keine Krise: Die Daten der DGB-Mitgliederentwicklung zeigen, dass die Zahl junger Mitglieder im Jahr 2008 um vier Prozent zugelegt hat.

Die Entwicklung im Jugendbereich ist bei allen Gewerkschaften erfreulich – der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter 27 stieg gegenüber 2007 um 0,4 auf nun 7,6 Prozent. So sieht etwa in der Bilanz der IG Metall eine Zahl besonders gut aus: Die Gruppe der jugendlichen Mitglieder vergrößerte sich um sechs Prozent. »Die IG Metall wird jünger«, freut sich der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber.

Auch die IG BCE kann stolz auf ihre Organisationserfolge bei den Auszubildenden sein: 2008 sind rund 60 Prozent der neu eingestellten Azubis gleich in die IG BCE eingetreten. Nur die Transnet und die IG BAU mussten einen leichten Rückgang der Mitglieder hinnehmen.

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Gewerkschaftsjugendlichen um vier Prozent – absolut gerechnet heißt das: um 18.519 auf insgesamt 484.579.

Die Entwicklung insgesamt im Jahr 2008 sieht so aus: Im Schnitt sind fast 1.000

»Die IG Metall wird jünger.«
Berthold Huber

Menschen täglich neu in die Gewerkschaft eingetreten. Das ist die höchste Neueintrittsrate seit 2003. Allein bei ver.di stieg die Zahl der Neueintritte um 36,9 Prozent – von 98.529 auf 134.839. Gleichzeitig hat sich der Mitgliederrückgang deutlich verlangsamt.

Ende 2008 zählten die acht DGB-Gewerkschaften insgesamt 6.371.475 Mitglieder – knapp 70.000 weniger als im Vorjahr. Der Mitgliederschwund hat sich gegenüber 2007 aber mehr als hal-

biert. Die beste Meldung kommt dabei von der Bildungsgewerkschaft GEW: Als erster DGB-Gewerkschaft seit 1996 ist es ihr gelungen, 2008 ein Mitglieder-Plus – von 1,2 Prozent – zu erreichen.

IG Metall und GdP haben im letzten Jahr den Mitgliederrückgang gestoppt. So beträgt der Rückgang bei der GdP gegenüber dem Vorjahr 0,3 und bei der IG Metall 0,2 Prozent. »Bei einem geringfügigen Minus kann man getrost von einer schwarzen Null in der Entwicklung sprechen«, so Huber. [S](#)

DGB-GEWERKSCHAFTEN: MITGLIEDER IM JUGENDBEREICH 2008

Gewerkschaft	Mitglieder bis einschl. 27 Jahre zum 31.12.2007*	Mitglieder bis einschl. 27 Jahre zum 31.12.2008	Differenz 31.12.2007 bis 31.12.2008	Differenz 31.12.2007 bis 31.12.2008 in %	Anteil der Mitglieder bis einschl. 27 an der Gesamtzahl in % 31.12.2007	Anteil der Mitglieder bis einschl. 27 an der Gesamtzahl in % 31.12.2008
GdP	18.393	18.586	193	1,0	10,9	11,1
GEW	9.507	11.015	1.508	15,9	3,8	4,4
IG BAU	35.288	32.950	-2.338	-6,6	10	9,8
IG BCE	68.266	69.359	1.093	1,6	9,6	9,9
IG Metall	201.872	213.891	12.019	8,8	8,8	9,3
NGG	16.250**	19.782	3.532	21,7	7,8	9,6
Transnet	10.145	9.611	-534	-5,3	4,2	4,2
ver.di	106.339	109.385	3.046	2,9	4,8	5,0
DGB-Jugend insgesamt	466.060	484.579	18.519	4	7,2	7,6

* gegenüber Soli 2-2008 korrigierte Fassung

** Bis einschl. 25 Jahre, dadurch ergeben sich Verzerrungen

GUTE AUSBILDUNG. GUTE ARBEIT. GUTES LEBEN

Wir sind dran

Von René Rudolf

Für 2009 und darüber hinaus hat die DGB-Jugend ihre Losung ausgegeben: »Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben. Wir sind dran«. Dies sind die Forderungen, die Themen der DGB-Jugend prägnant transportieren.

Sie werden in die tägliche Arbeit der Gewerkschaftsjugend integriert – d.h. ebenso bei den Demonstrationen am 1. und am 16. Mai 2009 wie auch für die regionalen Aktivitäten zu den Kommunal- und Landtagswahlen, zur Europa- und zur Bundestagswahl.

Gute Ausbildung, Gute Arbeit und Gutes Leben – das ist nicht nur ein Motto, das sich irgendwer ausgedacht hat. Das sind die Kernthemen der Gewerkschaftsjugend. Denn Ausbildung ist ein zentraler Abschnitt im Leben. Es geht um den Bereich der betrieblichen Ausbildung, um die Ausbildungsplatzsituation, es geht

um die Anforderungen von Qualität, die die Gewerkschaften entwickelt haben. Dies sind die Dinge, die sich nicht nur Jugendliche für ihr Leben wünschen.

Was kennzeichnet Gute Ausbildung? Genügend betriebliche Ausbildungsplätze, gute Berufsschulen, kompetente Betreuung, vernünftige Ausbildungsbedingungen, ein gewisses Maß an Toleranz gegenüber Fehlern. Und dass alle zu einem Berufsbild gehörenden Ausbildungsinhalte auch tatsächlich vermittelt werden. Gute Ausbildung, d.h. vor allem: Qualität. Und nicht, dass man als Praktikant für umsonst sechs Monate den Laden schmeißt. Eigentlich nicht zuviel verlangt, oder?

Leider ist das Gegenteil oft genug die Realität. Die DGB-Jugend-Studie über prekäre Beschäftigung hat gezeigt: Gerade junge ArbeitnehmerInnen sind die Vorreiter von flexibilisierter Arbeit insgesamt. Hier setzen die Forderungen für Gute Arbeit an: Die DGB-Jugend will mehr Übernahme nach der Ausbildung, faire

**GUTE AUSBILDUNG.
GUTE ARBEIT. GUTES LEBEN.**

Wir sind dran!

Praktika, gleichen Lohn für gleiche Arbeit – kurz: einen zukunftsfähigen und vor allem planbaren Übergang von Ausbildung zum Berufseinstieg insgesamt. Dies sind die konkreten Anforderungen an die Politik. Alles Voraussetzungen für ein »Gutes Leben«.

»Wir sind dran« bedeutet also: Die Jugend ist jetzt endlich mal dran. Oder anders ausgedrückt: Wir als Gewerkschaftsjugend sind dran an den Themen. An einer guten Ausbildung, einer guten Arbeit und nicht zuletzt einem guten Leben. [S](#)

René Rudolf ist DGB-Bundesjugendsekretär.



Die Informationspflicht

Unterlagen her: Über Einstellung und Einsatz von Azubis und anderen neuen Kräften muss der Betriebsrat mitentscheiden. Weil Personalpolitik mitbestimmungspflichtig ist.

Zu den Rechten des Betriebsrats zählt das Mitbestimmungsrecht (§ 99 BetrVG, Betriebsverfassungsgesetz) bei personellen Einzelmaßnahmen. Dazu gehören Einstellungen, Versetzungen, Ein- und Umgruppierungen. Das bedeutet: Der Betriebsrat kann eine Einstellung blockieren, wenn mindestens einer der sich aus dem Gesetz ergebenden Zustimmungsverweigerungsgründe vorliegt.

Damit der Betriebsrat sein Mitbestimmungsrecht ausüben kann, muss der Arbeitgeber ihn umfassend und rechtzeitig über die beabsichtigte personelle Einzelmaßnahme informieren und ihm alle für die Beurteilung der Maßnahme notwendigen Unterlagen vorlegen.

Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, beginnt für den Betriebsrat eine einwöchige Frist, innerhalb der er entscheiden kann, ob er z.B. einer beabsichtigten Ein-

stellung zustimmt oder ob er mit der Maßnahme nicht einverstanden ist.

Neben dem Namen sowie weiteren Personalien ist auch der vorgesehene Arbeitsplatz sowie der Zeitpunkt der Einstellung anzugeben. Zu den Informationen gehören selbstverständlich auch sämtliche Bewerbungsunterlagen – und zwar nicht nur von der Person, welche eingestellt werden soll, sondern selbstverständlich von allen Personen (egal ob intern oder extern), die sich auf den konkreten Arbeitsplatz beworben haben.

Darüber hinaus müssen dem Betriebsrat auch Personalfragebögen, schriftliche Auskünfte von dritter Seite sowie die Ergebnisse von Tests z.B. aus Assessment-Centern und Einstellungsprüfungen mitgeteilt werden.

Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts müssen auch schriftliche Protokolle über den Inhalt von durchgeführten Bewerbungsgesprächen vorgelegt werden.

Wichtig: Auch der Einsatz von Azubis und Anlernlingen, VolontärInnen, Umschü-

lerInnen, TeilnehmerInnen an Einstiegsqualifizierungen und PraktikantInnen ist eine Einstellung, die grundsätzlich mitbestimmungspflichtig ist (»unterfällt der Mitbestimmung«). Nicht der Mitbestimmung unterliegt nur die Aufnahme von SchülerpraktikantInnen, da diese nicht in den Betrieb eingegliedert werden, sondern sich lediglich betriebliche Abläufe anschauen sollen: Hier muss der Betriebsrat aber immerhin noch informiert werden.

Hinsichtlich der Berufsausbildung ist es in vielen Unternehmen üblich, dass Auszubildende bestimmte Teile der Ausbildung – in nicht wenigen Fällen auch die komplette Ausbildung – nicht in dem eigentlichen Ausbildungsbetrieb sondern in einem anderen Betrieb absolvieren.

In einer aktuellen Entscheidung (siehe Kas- ten) hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) ausdrücklich klargestellt, dass auch der nur vorübergehende Einsatz eines Azubis zum Zweck seiner praktischen Ausbildung in einem anderen Betrieb der Mitbestimmung des dortigen Betriebsrats unterfällt. [5](#)



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt Wolf-
Dieter Rudolph, Berlin

Das Bundesarbeitsgericht hat klargestellt: Auch der nur vorübergehende...

...Einsatz eines Azubis in einem anderen Betrieb ist mitbestimmungspflichtig.

§ 99 – DER FALL

Zentral ausbilden

Der Arbeitgeber, ein Unternehmen der Telekommunikationsbranche, führt die gesamte Aus- und Weiterbildung zentral in einem Ausbildungsbetrieb durch. Die Azubis absolvieren im Rahmen ihrer praktischen Ausbildung dreis bis sechsmonatige Einsätze in anderen Betrieben des Arbeitgebers sowie in Betrieben der Konzerntöchter, um dort Berufserfahrung in verschiedenen Bereichen des Unternehmens zu erlangen.

Während dieses Einsatzes werden sie von den jeweiligen betrieblichen Fachkräften betreut und erhalten von ihnen Anweisungen hinsichtlich der Zeit und des Ortes ihrer Tätigkeit. Die dortigen Betriebsräte werden lediglich über die Person des Azubis, den Einsatzort und die Dauer des Einsatzes unterrichtet, ansonsten ignoriert der Arbeitgeber das Mitbestimmungsverfahren. Ein Betriebsrat wollte sich das Verhalten der Arbeitgeberin nicht gefallen lassen – und zog vors Arbeitsgericht.

Ergebnis: Die höchsten deutschen ArbeitsrichterInnen haben ausdrücklich bestätigt, dass eine der Mitbestimmung unterfallende Einstel-

lung immer dann gegeben ist, wenn eine Eingliederung der Azubis in die Arbeitsorganisation des jeweiligen Betriebs erfolgt. Dafür spreche, dass von den im aufnehmenden Betrieb tätigen Fachkräften das Weisungsrecht zumindest über Zeit und Ort der Tätigkeit ausgeübt werde. Für die Prüfung des Vorliegens einer Mitbestimmung komme es, so das BAG, nicht auf die Dauer der tatsächlichen Eingliederung an.

Hinweis: Es sollte nicht vergessen werden, dass auch der Betriebsrat des »Stammbetriebs« des Azubis in der Mitbestimmung ist. Für diesen ist der auswärtige Einsatz eine der Mitbestimmung nach § 99 BetrVG unterfallende Versetzung.

Welche Rechte stehen nun der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) bei Einstellungen von Azubis zu? Während in der Literatur Einigkeit besteht, dass der JAV bei personellen Maßnahmen kein Stimmrecht zusteht, gibt es hinsichtlich der Frage des Teilnamerechts der gesamten JAV unterschiedliche Ansichten: Zahlreiche ExpertInnen bejahen ein besonderes Teilnamerecht.

Da bisher keine höchstrichterliche Klärung

hinsichtlich dieser Frage erfolgt ist, liegt es quasi im Ermessen des Betriebsrats, ob er an diesem Tagesordnungspunkt die Anwesenheit der kompletten JAV duldet, oder ob er darauf besteht, dass hier lediglich ein Fall des allgemeinen Teilnamerechts – ein JAV-Mitglied nimmt teil – vorliegt.

Praxistipp: Die Frage, wie umfangreich das Teilnamerecht bei der Behandlung von personellen Einzelmaßnahmen von Azubis und anderen von der JAV vertretenen Beschäftigten ist, sollte unbedingt mit dem Betriebsrat geklärt werden. Wurde in der Vergangenheit die gesamte JAV geladen, so sollte das auch nach Möglichkeit beibehalten werden. Die Teilnahme der kompletten JAV hilft im Grunde insofern dem Betriebsrat, dass er bei seiner Entscheidungsfindung über ein breiteres Meinungsspektrum verfügt.

Für eine rechtswirksame Beschlussfassung des Betriebsrats ist es nicht entscheidend, ob die komplette JAV anwesend war oder lediglich ein Vertreter. Wichtig ist, darauf zu achten, dass die JAV nicht an der eigentlichen Beschlussfassung mitgewirkt hat.

BAG, Beschluss vom 30. September 2008, Az.: 1 ABR 81/07

Fortlaufendes Attentat

»Opfer rechter Gewalt«: Eine Wanderausstellung setzt den Toten von Nazi-Übergriffen seit der Wiedervereinigung ein Denkmal.

Der DGB ist empört über den Nazi-Überfall auf einen Mitarbeiter des Kulturbüros Sachsen in Dresden im Anschluss an eine Gerichtsverhandlung Mitte März 2009...«

Dies ist nur der vorläufig jüngste Fall einer rechten Attacke. Denn Brutalität von rechts ist kein Einzelfall. Vorkommnisse wie dieses gehören seit vielen Jahren zur Bundesrepublik Deutschland – im Prinzip vergeht kein Tag ohne gewalttätige Übergriffe.

Nun soll eine von der Künstlerin Rebecca Forner in Zusammenarbeit mit dem Verein Opferperspektive gestaltete Wanderausstellung an die Opfer dieser Übergriffe erinnern. Sie besteht aus 151 Tafeln und porträtiert 136 Menschen, die seit der Vereinigung Deutschlands bis Ende 2005 durch rechtsextrem motivierte Gewalttaten zu Tode kamen. Eingerahmt von jeweils drei leeren Tafeln zu Beginn und sechs am Ende, die die Opfer vor 1990 bzw. nach 2005 repräsentieren, stehen am Anfang zwei Tafeln mit einem einführenden Text und eine weitere mit einem Bildnachweis. Daran schließen sich, in chronologischer Ordnung, 136 Tafeln an, die jeweils ein gerastertes Foto eines Menschen enthalten, unter dem jeweils der Name, das Alter, der Beruf sowie die Todesumstände der Person notiert sind.

Es gibt viele Tote, die niemals Schlagzeilen machten und von deren Schicksal...

Die Angaben der Ausstellung basieren auf Medienberichten: »Den Opfern einen Namen geben« wollten die beiden Tageszeitungen »Frankfurter Rundschau«, und »Der Tagesspiegel«, als sie am 14. September 2000 eine Chronik von 93 Opfern rechter Gewalt seit 1990 veröffentlichten. Auf diese Chronik greift die Ausstellung maßgeblich zurück. Sie entfachte seinerzeit einen politischen Streit, weil das Bundesinnenministerium im gleichen Zeitraum nur 24 Todesfälle durch rechte Gewalt registriert hatte.


Das ganze Ausmaß systematischer Verdrängung sei dadurch deutlich geworden, so die Aussteller, dass das Ministerium nicht einmal den Tod von Farid Guendoul, der von Rechtsextremisten im Februar 1999 in den Tod getrieben wurde, zur Kenntnis genommen hatte. Die »Hetzjagd von Guben« hatte bundesweit Schlagzeilen gemacht, aber weil die Täter nur der »fahrlässigen Körperverletzung« angeklagt wurden, gab es offiziell kein Opfer.

Im Mai 2001 änderten die Innenminister von Bund und Ländern das System zur Erfassung rechter Straftaten. Aber noch im September 2004 bewertete die Bundesregierung nur 39 Fälle seit 1990 als rechtmotiviert.

Es gibt viele Tote, die niemals Schlagzeilen machten und

von deren Schicksal keine Statistik zeugt. Die Ausstellung erinnert an diese Menschen und thematisiert zugleich die anhaltende Verdrängung rechter Gewalt.

Wurde kein Bild eines Opfers veröffentlicht, ist sein Porträt durch eine leere Rasterfläche ersetzt. Zwischen die Porträts der Opfer sind beliebig gewählte Urlaubspostkarten montiert, die das Selbstverständnis von Gastfreundschaft und Offenheit mit der Realität von Hass und Gewalt in ein Spannungsfeld setzen.

Aktuell veröffentlichen die Berliner Wochenzeitung »Jungle World« (»Deutsches Haus«, seit 1997) und das Hamburger Magazin »Konkret« (»No-go-area Deutschland«) regelmäßig Listen über rechte Übergriffe. 

»Opfer rechter Gewalt«. Entlehbare Wanderausstellung. Die derzeitigen/nächsten Stationen sind Schmalkalden, Leipzig und Knips Hagen. Infos: www.opfer-rechter-gewalt.de

...keine Statistik zeugt. Die Ausstellung erinnert an diese Menschen.



KURZ UND KLEIN

Aktivposten

Der **DGB NRW** begrüßt die Regierungsinitiative zur Integration von Lernbehinderten in Ausbildung und Arbeit per Lotsen. »Wir haben das Konzept im Ausbildungskonsens gemeinsam mit den Partnern erarbeitet. Die frühzeitige Begleitung durch Lotsen bietet die Möglichkeit, den Anteil der Jugendlichen, die trotz vorhandener Fördermöglichkeiten durch alle Raster fallen, deutlich zu reduzieren«, so Guntram Schneider, der Vorsitzende des DGB NRW.

www.dgb-nrw.de

Am 8. Mai 2009, dem Tag des Endes der Nazi-Herrschaft in Deutschland, veranstaltet die **DGB-Jugend Schleswig-Holstein** ein »politisches Geo-Catching« in Kiel: Mehrere Gruppen

werden mit einem Navi durch die Stadt gehen und historische Orte ausfindig machen, z.B. Stolpersteine, das DGB-Haus und Denkmäler.

www.dgb-jugend-nord.de

Vom 8. bis 10. Mai 2009 findet der Aufbau des Camps der **DGB-Jugend Baden-Württemberg** in Markelfingen statt. Gesucht: tatkräftige HelferInnen! O-Ton: »Wie immer gibt es sehr viel zu tun: große und kleine Zelte aufbauen, Workshop-Räume einrichten, Elektrik in Betrieb nehmen, Laub kehren, Betten und Matratzen herrichten und und und. Was nicht passt, wird passend gemacht!« Vom 20. bis 24. Mai 2009 findet parallel ein Radiocamp statt.

Infos: Tel.: 0711 / 202 82 60, www.dgb-bw.de/jugend. Fürs Radio: <http://aff-bawue.org/radiocamp09.htm>

Die **DGB-Jugend West** fährt vom 10. bis 21. Mai 2009 mit einer Jugend-Delegation nach Israel. Hierzu wird es ein Online-Reisetagebuch geben.

www.jugendserver-saar.de

Mit Spannung erwartet wird die Bundesjugendkonferenz der **IG BCE**: Sie trägt das Motto »Baustelle Zukunft – Chancen gerechter verteilen!« SPD-Chef Franz Müntefering hat seinen Besuch angekündigt. Termin ist der 8. bis 10. Mai 2009 in Halle/Saale.

www.igbce-jugend.de

Die **ver.di Jugend** hat acht Thesen veröffentlicht, warum der Kapitalismus am Ende ist. http://jugend.verdi.de/service/presse/hintergrund-informationen/data/o2_acht_thesen_single.pdf

WEBTIPP DES MONATS

Die Jugendwahlinitiative »U18« sorgt dafür, dass am 18. September 2009, neun Tage vor der Bundestagswahl, alle Menschen unter 18 Jahren zu einer eigenen Wahl gehen können. Was vor zwölf Jahren als regionale Idee in Berlin entstand, hat sich zur größten politischen Bildungskampagne für Kinder und Jugendliche in Deutschland entwickelt. Schon 2005 hat sich gezeigt, dass das Interesse an Politik bei jungen Menschen größer ist, als viele Erwachsene glauben – 50.000 Jugendliche hatten damals ihre Stimme trotz vorgezogener Bundestagswahl abgegeben. Erstmals wird »U18« durch große Jugendorganisationen wie dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) unterstützt, der die Interessen von fast 6 Mio. jungen Menschen vertritt. Hier ist auch die DGB-Jugend Mitglied. Sie unterstützt ein Wahlrecht ab 16.

www.U18.org

+ Metal Gender: Rund ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder ist weiblich – damit haben die Gewerkschaften ihr Organisationspotential unter den erwerbstätigen Frauen längst nicht ausgeschöpft. Dabei ist es kein Zauberwerk, Öffentlichkeitsarbeit so zu gestalten, dass sie Frauen und Männer gleichermaßen anspricht. Das will die IG Metall mit ihrer Handreichung »Gendersprache« zeigen. Sie gibt Tipps für die Gestaltung von Texten und enthält Checklisten für Planung und Durchführung von Veranstaltungen.

www.igmetall.de, »Themen«, »Gender Mainstreaming«

+ Schnell lesen: Immer mehr Menschen wird bewusst, dass der derzeitige Kapitalismus vielleicht nicht die beste aller Lösungen ist. Franz Groll liefert fundierte Argumente und Visionen für eine ökologisch-soziale Alternative.



Franz Groll: Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung, VSA-Verlag, Hamburg 2009, 208 S., 16,80 Euro

+ Wetterbericht: Das Bildungsbarometer geht in eine neue Runde: Diesmal im Zentrum der Online-Befragung: Nachhilfeunterricht!

Die Befragung läuft bis zum 27. April 2009. www.maerz09.bildungsbarometer.de



+ Rechtsextremismus: Zivilcourage ist wichtig, ebenso eine funktionierende Zivilgesellschaft. Kerstin Köditz dokumentiert und analysiert das Agieren der Neonazis und der Gegenwehr.

Kerstin Köditz: Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen, Verbrecher-Verlag, Berlin 2009, 224 S., 14 Euro

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:

DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:

jkiontke@web.de

Internet:

www.dgb-jugend.de

Druck:

PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:

Jürgen Kiontke

Grafik:

Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:

Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

VERANSTALTUNGEN

Gewerkschaftliche Kompetenz: Verweigerer! Blockierer! Dinosaurier! – Wer aktiv in einer Gewerkschaft mitarbeitet, der kennt solche Schmähe meist zur Genüge. Die Finanzkrise belehrt zwar viele eines Besseren – dennoch braucht es gute Argumente und fundiertes Fachwissen. In diesem Seminar werden wirtschaftspolitische Grundlagen vermittelt und gewerkschaftliche Positionen erläutert. Darüber hinaus werden die Teilnehmenden über die Zukunft der Gewerkschaften diskutieren. Neulinge sind hochwillkommen!

15. bis 17. Mai 2009. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscodex GKO 609268816

Anmeldung: www.dgb-jugendbildungswerk.de

DGB-Jugend und Friedrich-Ebert-Stiftung präsentieren: »Wege in den Arbeitsmarkt für Jugendliche mit schlechteren Startchancen.« Nach einer inhaltlichen Einführung durch Birgit Reißig vom Deutschen Jugendinstitut wird es in dieser als Zukunftswerkstatt angelegten Veranstaltung eine Diskussion geben mit Klaus Brandner (SPD, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales), Tanja Nackmayr von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

4. Mai 2009. Anmeldungen bis 27. April 2009. Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin, E-Mail: forumpug@fes.de, www.fes.de/forumpug

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend Soli aktuell Henriette-Herz-Platz 2 10178 Berlin



Ich möchte monatlich Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	